

deutlich gestiegenen Selbstbewusstseins der Neuen am Tisch, allen voran Chinas.

Gleichwohl hat der Gipfel eine weit reichende Konsequenz: Von nun an sind die gemütlichen Zeiten der G7 oder G8 wohl endgültig vorüber, selbst wenn man angestrengt versucht, die alten Zeiten in anderen Bereichen, wie z.B. der Sicherheitspolitik, zu retten. Pittsburgh zeigt deutlich, dass die Welt heute eine andere ist und keine Problemlösung mehr ohne China, Brasilien, Südkorea und andere Schwergewichte möglich sein wird. Das ist richtig und angemessen, aber es wird auch bedeuten, dass Einigungen noch schwerer werden. Europäische und amerikanische Interessen werden sich in Zukunft nicht mehr so einfach durchsetzen lassen.

Während die G7 in den letzten Jahren zu Fototerminen verkommen waren, könnten die G20 allerdings schnell dasselbe Schicksal erleiden. Die Möglichkeit eines ernsthaften Austausches ist geschaffen, ob das Forum effektiv sein wird, muss sich erst zeigen. Wenn sich Teilnehmer in Ankündigungen überbieten und Treffen vor allem in innenpolitischer Hinsicht ausschachten wollen, kann dies nicht gelingen. Die Europäer aber sollten alles Interesse am Erfolg der G20 haben, selbst wenn sie an Einfluss verlieren. Die Alternative G2, bestehend aus den USA und China, die schon von vielen beschworen wird, ist noch weniger im Interesse der alten Welt.

*Carsten Hefeker  
Universität Siegen  
carsten.hefeker@uni-siegen.de*

### **Kernkraft**

## **Wert der Laufzeitverlängerungen**

Schwarz-Gelb hat sich vor der Bundestagswahl deutlich für eine Rücknahme des Atomausstieges ausgesprochen. Im Moment ist nicht sicher, ob Laufzeitverlängerungen tatsächlich beschlossen werden. Sicher ist jedoch, dass diese nicht kostenlos wären. Die Kraftwerksbetreiber müssten einen ökonomischen Preis zahlen, da vermutlich weder Bevölkerung noch Politik die zu erwartenden zusätzlichen Gewinne komplett den Aktionären überlassen würden. Die Bundesregierung müsste einen politischen Preis zahlen, um dem Widerstand der Opposition und des kernkraftkritischen Teils der Bevölkerung zu begegnen. Insofern

stellt sich einerseits die Frage, welchen Wert verlängerte Laufzeiten haben und andererseits, was mit den Mitteln finanziert werden soll. Dabei ist auch unklar, ob das Geld im Energiesektor verbleiben oder anderweitig eingesetzt werden könnte. Beispielsweise wäre eine Tilgung von Staatsschulden denkbar, wie seinerzeit mit den Erlösen aus den UMTS-Lizenzen. Ebenso würde ein Transfer in den Bildungssektor in Frage kommen.

Auch bei einem Verbleib im Energiesektor ist es keineswegs zwingend, in erneuerbare Energien zu investieren. Es gilt zu beachten, wo im Zieldreieck von Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit anzusetzen ist, um das Geld optimal zu verwenden. Eine Entlastung der Konsumenten würde sicherlich auf Zustimmung treffen. Gleichzeitig muss jedoch beachtet werden, dass die Verbilligung von Energie dem Ziel der Umweltverträglichkeit zuwiderläuft. Da die grundlastfähige Kernkraft die Versorgungssicherheit ohnehin erhöht, bleibt das Ziel der Umweltverträglichkeit übrig. Das bedeutet aber eben nicht zwingend, dass die Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen automatisch nur durch die Förderung erneuerbarer Energien zu erreichen ist. Eine denkbare Alternative wäre zum Beispiel, dass die Kraftwerksbetreiber als Gegenleistung für verlängerte Laufzeiten veraltete Kohlekraftwerke eher vom Netz nehmen und den Bau neuer Kohlekraftwerke zumindest aufschieben, bis die CO<sub>2</sub>-Abscheidetechnologie zur Verfügung steht.

Somit würde eine sachorientierte und ergebnisoffene Diskussion über den politischen Preis von Laufzeitverlängerungen auch Zielkonflikte deutlich machen, die in der Öffentlichkeit oftmals nicht gesehen werden. Die bisher stark geförderten erneuerbaren Energien sind derzeit noch kein praktikabler Ersatz für etablierte Technologien: Sie sind teuer, nicht grundlastfähig und sparen vergleichsweise wenig CO<sub>2</sub> ein. Eine günstige Methode, CO<sub>2</sub> einzusparen, bis erneuerbare Energien ausreichend und kostengünstig zur Verfügung stehen, wäre der Verzicht auf Kohle zugunsten von Kernkraft. Käme es zur Abwägung „Kohle für Atom“, würde sich die Frage stellen: Ist man bereit, Kernenergie mit all seinen Risiken zu tolerieren, um CO<sub>2</sub>-Emissionen zu sparen? Diese Wahlentscheidung wäre in der öffentlichen Debatte greifbarer und transparenter als abstrakte Investitionsbeträge in Milliardenhöhe.

*Sebastian Schröer  
Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut  
schroeer@hwwi.org*

Literatur und Links zu diesen und anderen aktuellen wirtschaftspolitischen Themen finden Sie auf der Website der ZBW unter ECONIS Select [www.zbw.eu/dienstleistungen/econis\\_select.htm](http://www.zbw.eu/dienstleistungen/econis_select.htm)